

NIEDERSCHRIFT

über die **8.** Sitzung des
des Sozial- und Gesundheitsausschusses
(XV. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **08.09.2011**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 oder -2172)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:00 Uhr
Den Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Karl-Heinz Ehms
2. Herr Hans-Josef Engels
3. Herr Reiner Geroneit Vertretung für Herrn Prof. h.c. (BG) Dr. med.
Klaus Goder
4. Herr Gerhard Heyner
5. Herr Norbert Kallen
6. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
7. Frau Ursel Meis bis 19.30 Uhr
8. Herr Werner Moritz
9. Herr Antonius Suppes
10. Frau Maria Widdekind
11. Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

12. Herr Denis Arndt
13. Herr Udo Bartsch
14. Frau Margot Dubbel
15. Herr Rainer Schmitz
16. Frau Gertrud Servos
17. Herr Rainer Thiel bis 19.30 Uhr
18. Frau Helga Weiss Vertretung für Herrn Rainer Thiel ab 19.30
Uhr

• FDP-Fraktion

19. Herr Christian Kohnen

- 20. Frau Christa Quellmann
- 21. Herr Dirk Rosellen

• **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

- 22. Herr Martin Kresse
- 23. Frau Dr. Sylke Markert-Kütemeyer Vertretung für Herrn Manfred Haag
- 24. Frau Angela Stein-Ulrich

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 25. Frau Margit Kalthoff
- 26. Frau Helga Pollack Vertretung für Frau Bormann-Schulz

• **Die Linke**

- 27. Herr Oliver Reising

• **beratende Mitglieder**

- 28. Herr Karl Boland
- 29. Herr Karl-Heinz Brandofsky
- 30. Herr Bernd Gellrich
- 31. Herr Norbert Kallen
- 32. Herr Dr. Josef Merten
- 33. Herr Bülent Öztas

• **Verwaltung**

- 34. Herr Dr. Michael Dörr
- 35. Frau Wendeline Gilles
- 36. Herr Siegfried Henkel
- 37. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
- 38. Herr Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz

• **Schriftführerin**

- 39. Frau Birgit Rothe
- 40. Herr Marcus Mertens

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		4
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Umsetzung des Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitssuchende	4
2.1.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/1300/XV/2011.....	4
2.2.	Aktueller Report Jobcenter Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1278/XV/2011.....	5
3.	Förderung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege im Haushaltsjahr 2011	6
3.1.	Gewährung von allgemeinen Zuschüssen Vorlage: 50/1279/XV/2011.....	7
3.2.	Förderung von Fachkräften in der Allgemeinen Sozialarbeit durch Zuschüsse zu den Personalkosten Vorlage: 50/1280/XV/2011	8
3.3.	Gewährung eines Zuschusses an die Träger ambulanter Hospizdienste Vorlage: 50/1281/XV/2011	9
3.4.	Förderung von Beratungsstellen für schwangere Frauen in Not- und Konfliktsituationen Vorlage: 50/1282/XV/2011.....	9
3.5.	Gewährung eines Zuschusses zu den Personal- und Sachkosten des Frauenhauses in Neuss Vorlage: 50/1283/XV/2011.....	10
3.6.	Gewährung eines Zuschusses zu den Personal- und Sachkosten der Beratungsstelle des Vereins "Frauen helfen Frauen e.V.", Neuss Vorlage: 50/1284/XV/2011	10
3.7.	Gewährung von Zuschüssen an Träger von Beratungsstellen nach § 67 SGB XII Vorlage: 50/1285/XV/2011.....	11
3.8.	Zuschuss für die Geschäftsstellen des VdK und der Lebenshilfe Vorlage: 50/1286/XV/2011	12
3.9.	Gewährung eines Zuschusses zu den Personal- und Sachkosten der Ökumenischen TelefonSeelsorge Neuss im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1287/XV/2011	12
3.10.	Gewährung eines Zuschusses an die Träger der Schuldnerberatungsstellen Vorlage: 50/1288/XV/2011.....	13
3.11.	Gewährung eines Zuschusses an die Träger Suchtberatung und psychosoziale Betreuung Vorlage: 50/1290/XV/2011	13
3.12.	Zuschuss zur Integration von Zuwanderern Vorlage: 50/1291/XV/2011	14

3.13. Förderung ambulanter Dienste im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1292/XV/2011	14
3.14. Förderung Familienunterstützende Dienste Vorlage: 50/1294/XV/2011.....	16
4. Bildungs- und Teilhabepaket Vorlage: 50/1295/XV/2011.....	16
4.1. Sachstand Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes.....	16
4.2. Delegationssatzung für den Bereich Wohngeld / Kinderzuschlag	17
4.3. Schulsozialarbeit	17
5. Neue Delegationssatzung SGB XII Vorlage: 50/1308/XV/2011	18
6. Änderung der Beteiligungssatzung SGB II Vorlage: 50/1306/XV/2011	19
7. Alkoholkonsum Jugendlicher - aktuelle Entwicklung Vorlage: 53/1276/XV/2011.....	19
8. Die neue Trinkwasserverordnung Vorlage: 53/1275/XV/2011	19
9. Benennung von Mitgliedern für die Kommission "Silberner Plan" Vorlage: 50/1327/XV/2011	20
10. Mitteilungen	21
10.1. Behindertenfahrdienst des Rhein-Kreises Neuss.....	21
10.2. Richtlinie Kosten der Unterkunft.....	21

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Stellvertretender Ausschussvorsitzende Kresse würdigte die Arbeit von Herrn Dr. Klose im Sozialausschuss des Rhein-Kreises Neuss als überparteilich und fair und überreichte ihm aus Anlass des 50 jährigen Jubiläums einen Blumenstrauß.

2. Umsetzung des Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) - Grundsi- cherung für Arbeitssuchende

2.1. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften

Vorlage: 50/1300/XV/2011

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz geht nach der bisherigen KdU Entwicklung davon aus,

dass der Haushaltsansatz erfreulicherweise nicht in Anspruch genommen wird. Leider wird die Einsparung an dieser Stelle jedoch von den Defiziten bei der Hilfe zur Pflege aufgezehrt.

2.2. Aktueller Report Jobcenter Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1278/XV/2011

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz stellte fest, dass der Jobcenterreport keine Besonderheiten aufweisen würde. Für die Zukunft wolle man die SGB II - Berichterstattung in die Trägerversammlung des Jobcenters verlagern. In diesem Gremium seien zwischenzeitlich auch die Kreistagsfraktionen vertreten. Die Geschäftsführerin des Jobcenters, Frau Gilles, würde künftig nur bei besonderen Fragestellungen des Sozialausschusses an dessen Sitzungen teilnehmen.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose befürwortet diese Lösung unter der Voraussetzung, dass auch künftig die Möglichkeit besteht Themen der Langzeitarbeitslosigkeit im Sozialausschuss zu behandeln.

Kreistagsmitglied Kallen bedauert, dass die regelmäßige Berichterstattung des Jobcenters im Sozialausschuss künftig entfällt. Er sehe es aufgrund der bisherigen Sorge für diesen Personenkreis und auch aufgrund der Mittelbereitstellung für KdU, nach wie vor als sinnvoll an, das Thema weiterhin im Sozialausschuss zu behandeln.

Auch Kreistagsmitglied Servos sieht eine weitere regelmäßige Berichterstattung durch Frau Gilles als sinnvoll an. So habe sie Fragen zur Statistik, welche heute nicht beantwortet werden könnten. Sie sprach zudem die schlechte Lesbarkeit des Berichts aufgrund der Schriftgröße an.

Kreistagsmitglied Wienands schlug vor, aus dem Kreistag und Sozialausschuss heraus einen Fragenkatalog zu erstellen. Weiterhin befürwortete sie die Nutzung des Internets, in welchem die Berichte veröffentlicht werden.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz sicherte zu, den Hinweis auf die Lesbarkeit des Berichts weiter zu geben, verwies aber ebenfalls auf die Möglichkeit, die Berichte im Internet zu lesen.

Hinweis:

Der Arbeitsmarktreport wird regelmäßig auf der Seite des Arbeitsamtes Mönchengladbach unter

http://www.arbeitsagentur.de/nn_170982/Dienststellen/RD-NRW/Moenchengladbach/AA/A01-Allgemein-Info/Allgemein/Arbeitsmarktberichte-AA-MG-2011.html

und der Jobcenterreport auf der Seite des Jobcenters Rhein- Kreis Neuss unter

http://www.jobcenter-rhein-kreis-neuss.de/site/zahlen_daten_fakten/

veröffentlicht.

Er befürwortete weiterhin den Vorschlag, künftig Fragestellungen vorab schriftlich zu formulieren um so eine schriftliche oder mündliche Stellungnahme durch Frau Gilles vorbereiten zu können.

Er erinnerte zusätzlich daran, dass die Verlagerung des Themas in die Trägerversammlung letztlich Grund war, die Trägerversammlung als zuständiges Gremium auszuweiten. Nach dem Scheitern des Optionsantrages sei den Fraktionen auf diesem Weg die Möglichkeit eröffnet worden, sich weiterhin aus erster Hand zu informieren.

3. Förderung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege im Haushaltsjahr 2011

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose machte darauf aufmerksam, dass die haushaltsrechtliche Entscheidung zu den nun anstehenden Tagesordnungspunkten zur Förderung der Wohlfahrtspflege bereits getroffen worden sei.

Es handele sich um den Vollzug des Haushalts, nachdem dieser durch die Bezirksregierung genehmigt worden sei.

Kreistagsmitglied Kallen nahm an der Beratung und Abstimmung zu Top 3 nicht teil.

Ausschussmitglied Pollack fragte, nach welchem Verteilerschlüssel die Mittelverteilung erfolge. Weiterhin fragte sie, welche Kurse angeboten und wie die Angebote angenommen werden.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz erklärte, dass der Verteilerschlüssel wie in den Vorjahren mit den Wohlfahrtsverbänden verabredet worden sei. Er richte sich u.a. nach Größe und Aufgabenvielfalt der Verbände und sei in der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände so abgestimmt worden, wie auch in der Einladung Seite 55 / 56 dargelegt.

Er griff die Fragestellung für den Hinweis auf, dass man sich derzeit in sehr zielorientierten Gesprächen zur Leistungsvereinbarungen befinden würde. Er sei sicher, dass man zumindest in den größeren Förderbereichen in 2012 zu einer Leistungsvereinbarung kommen würde. Hierdurch könnte künftig die Transparenz, das Reporting und Controlling noch weiter optimiert werden.

Ausschussmitglied Pollack ergänzte ihre Frage mit dem Hinweis, dass die Caritas von 1970 bis heute ihre Mitarbeiterzahl von 70 auf über 1000 Mitarbeiter erhöht habe, während andere Verbände Personal zurückfahren mussten. Sie gehe davon aus, dass diese Ausweitung zu Lasten der anderen Verbände vorgenommen worden sei.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose verwies auf die Geschäftsberichte, welche alle Verbände jährlich vorlegen würden. Diese würden über die Arbeit umfassend Auskunft geben. Darüber hinaus würde im Sozialausschuss immer wieder über verschiedene Aufgabenschwerpunkte berichtet.

Kreistagsabgeordneter Schmitz sieht in der Größe des Verbandes kein Kriterium zur Mittelverteilung. Interessant sei dennoch die Frage, wie sich der Verteilerschlüssel errechne. Er zweifle hier die Eintracht der Verbände an.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz wunderte sich, dass diese seit Jahren im Sozialausschuss gewachsene Praxis nun angezweifelt werde. Er verwies zudem auf die Gespräche mit den Verbänden, in welchen die schwierige Frage der Einsparungen von über 500.000 € in 2011 abgestimmt worden sei.

Kreistagsabgeordneter Kresse kritisiert ebenfalls das Fehlen von Kennzahlen in diesem Bereich. Hierdurch fehle die nötige Transparenz. Er bat um einen Zwischenbericht im nächsten Sozialausschuss, mit welchen NKF-Kennzahlen gearbeitet werde.

Kreistagsabgeordneter Thiel begrüßt die Leistungsvereinbarungen, welche die nötige Transparenz vermitteln. Er sähe schon, dass die Mittelverteilung derzeit der Aufgabenverteilung entspreche. Wichtig sei jedoch, dass dies nur den jetzigen Status Quo widerspiegele. Das System dürfe daher nicht starr sein, sondern müsse sich immer den aktuellen Gegebenheiten dynamisch anpassen.

Kreistagsmitglied Meis verwies zum einen auf die Haushaltsdebatte, in welcher die Fragen zu erörtern gewesen wären, zum anderen auf das Subsidiaritätsprinzip. Viele Pflichtleistungen seien in den letzten Jahren vom Kreis an die Verbände weiter gegeben worden.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose zeigte auf, wie sich das angesprochene Subsidiaritätsprinzip im Laufe der Zeit fortentwickelt hat. Es sei sinnvoll gewesen, viele Aufgaben des Sozialhilfeträgers an die Wohlfahrtsverbände weiter zu geben. Hieraus habe sich im Laufe der Jahre ein sinnvolles System entwickelt.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz sicherte einen Sachstandsbericht zum Thema Leistungsvereinbarungen in der nächsten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses zu.

3.1. Gewährung von allgemeinen Zuschüssen **Vorlage: 50/1279/XV/2011**

Protokoll:

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Rhein-Kreis Neuss gewährt den im Rhein-Kreis Neuss tätigen und ansässigen Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege für 2011 einen institutionellen Zuschuss unter Beachtung des folgenden Verteilerschlüssels:

- | | | |
|----|--|--------------|
| 1. | Arbeiterwohlfahrt Ortsverein
Neuss e.V., Neuss
0,5 Kraft = | 15.477,78 € |
| 2. | Caritasverband für den Rhein-Kreis
Neuss e.V., Grevenbroich
5 Kräfte = | 154.777,80 € |
| 3. | Deutscher Paritätischer Wohl-
fahrtsverband Kreisgruppe Neuss
0,5 Kraft = | 15.477,78 € |
| 4. | Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband
Grevenbroich e.V., Grevenbroich
0,5 Kraft = | 15.477,78 € |
| 5. | Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband
Neuss e.V., Neuss
0,5 Kraft = | 15.477,78 € |
| 6. | Diakonisches Werk der ev. Kirchen-
gemeinden Rhein-Kreis Neuss e.V.,
Grevenbroich
1 Kraft = | 30.955,56 € |
| 7. | Diakonisches Werk der ev. Kirchen- | |

gemeinden in Neuss e.V., Neuss
1 Kraft = 30.955,56 €

Mittel in Gesamthöhe von 278.600 € stehen im Kreishaushalt beim Produkt 050 331 010 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3.2. Förderung von Fachkräften in der Allgemeinen Sozialarbeit durch Zuschüsse zu den Personalkosten

Vorlage: 50/1280/XV/2011

Protokoll:

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Rhein-Kreis Neuss gewährt den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege für die in der Allgemeinen Sozialarbeit tätigen Fachkräfte einen Zuschuss zu den Personalkosten.

Insgesamt werden 14,25 Fachkräfte (Vollzeitstellen) in die Förderung einbezogen:

a)	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Mönchengladbach e.V.	1 Fachkraft	=	20.540,83 €
b)	Arbeiterwohlfahrt Ortsverein Neuss e.V.	1 Fachkraft	=	20.540,83 €
c)	Caritasverband für den Rhein-Kreis Neuss e.V., Grevenbroich	6,25 Fachkräfte	=	128.380,18 €
d)	Diakonisches Werk der ev. Kirchengemeinden Rhein-Kreis Neuss e.V., Grevenbroich	1 Fachkraft	=	20.540,83 €
e)	Diakonisches Werk der ev. Kirchengemeinden in Neuss e.V., Neuss	1 Fachkraft	=	20.540,83 €
f)	Sozialdienst Kath. Männer Neuss	1 Fachkraft	=	20.540,83 €
g)	Sozialdienst Kath. Frauen Neuss	3 Fachkräfte	=	61.622,48 €

Die erforderlichen Mittel stehen beim Produkt 050 331 010 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**3.3. Gewährung eines Zuschusses an die Träger ambulanter Hospizdienste
Vorlage: 50/1281/XV/2011****Protokoll:**

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz informierte, dass dem Rhein-Kreis Neuss ein Antrag der Augustinerinnen aus Neuss für das Haushaltsjahr 2012 auf Förderung des ambulanten Hospizdienstes vorliege. Dieser Antrag würde auf die Wunschliste gesetzt.

Beschluss:

Der Rhein-Kreis Neuss gewährt

- der Hospizbewegung Kaarst e.V.
- der Hospizbewegung Dormagen e.V.
- der Hospizbewegung Meerbusch e.V.
- dem Häuslichen Hospizdienst Diakonisches Werk Neuss
- der Jona Hospizbewegung in der Region Grevenbroich e.V.

zu den entstehenden Kosten der Hospizarbeit einen Zuschuss von jeweils 13.000,00 €. Mittel werden aus dem Produkt 050 331 010 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**3.4. Förderung von Beratungsstellen für schwangere Frauen in Not- und Konfliktsituationen
Vorlage: 50/1282/XV/2011****Protokoll:**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Rhein-Kreis Neuss gewährt:

- a) dem Caritasverband für den Rhein-Kreis Neuss e.V., Grevenbroich, zu den Personalkosten der Beratungsstelle „esperanza“ einen Zuschuss in Höhe von 21.116,-- €,
- b) dem Sozialdienst Katholischer Frauen e.V., Neuss, zu den Personalkosten der Beratungsstelle „esperanza“ einen Zuschuss in Höhe von

19.043,-- €,

- c) dem Verein „Frauen beraten – donum vitae e.V Kreis Neuss“, Neuss, zu den Personalkosten der Beratungsstelle einen Zuschuss in Höhe von 28.746,-- €.

Mittel werden aus dem Produkt 050 331 010 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3.5. Gewährung eines Zuschusses zu den Personal- und Sachkosten des Frauenhauses in Neuss

Vorlage: 50/1283/XV/2011

Protokoll:

Hier wies Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz darauf hin, dass der Kreiszuschuss angepasst würde, sollte sich der Landeszuschuss erhöhen.

Kreistagsmitglied Thiel würde es begrüßen, wenn sich die Stadt Neuss, in welcher sich der Standort des Frauenhauses befindet, künftig stärker an der Förderung beteiligen würde.

Beschluss:

Der Rhein-Kreis Neuss gewährt dem Sozialdienst Kath. Frauen e.V. Neuss als Träger des Frauenhauses in Neuss einen Zuschuss zu den nicht gedeckten Personalkosten dieser Einrichtung.

Für das Haushaltsjahr 2011 wird ein Kreiszuschuss von insgesamt höchstens 60.953,75 € gewährt.

Mittel des Kreises stehen im Produkt 050 331 010 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3.6. Gewährung eines Zuschusses zu den Personal- und Sachkosten der Beratungsstelle des Vereins "Frauen helfen Frauen e.V.", Neuss

Vorlage: 50/1284/XV/2011

Protokoll:

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Rhein-Kreis Neuss gewährt dem Verein Frauen helfen Frauen e.V., Neuss, zu den im Jahre 2011 nicht gedeckten Personal- und Sachkosten (Betriebskosten) der Beratungsstelle für misshandelte Frauen und Frauen in Problemsituationen in Neuss, Markt 1 – 7, einen Zuschuss in Höhe von 109.613 €.

Mittel werden aus dem Produkt 050 331 010 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3.7. Gewährung von Zuschüssen an Träger von Beratungsstellen nach § 67 SGB XII

Vorlage: 50/1285/XV/2011

Protokoll:

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Rhein-Kreis Neuss gewährt den Trägern von Beratungsstellen für den Personenkreis des § 67 SGB XII zu den förderungsfähigen Betriebskosten (Personal- und Sachausgaben), soweit sie nicht durch Zuwendungen des Landschaftsverbandes Rheinland abgedeckt sind, folgende Zuschüsse:

a) Fachberatungsstelle Neuss	112.261,21 €
b) Fachberatungsstelle Grevenbroich (einschl. „Frauke“) (alle Caritasverband für den Rhein-Kreis Neuss e.V.)	89.240,27 €
c) Wohngemeinschaft St. Bernhard (Zisterzienserklöster Langwaden)	23.603,65 €
d) Fachberatungsstelle für alleinstehende Frauen Neuss (SKF Neuss)	29.936,28 €

Die Mittel werden aus dem Produkt 050 331 010 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3.8. Zuschuss für die Geschäftsstellen des VdK und der Lebenshilfe Vorlage: 50/1286/XV/2011

Protokoll:

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Rhein-Kreis Neuss gewährt

- a.) dem Sozialverband VdK, Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Rentner Deutschland, Kreisverband Neuss, einen Zuschuss in Höhe von 14.908,20 €,
- b.) dem Verein Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Rhein-Kreis Neuss e.V., Grevenbroich, einen Zuschuss in Höhe von 5.678,90 €,
- c.) dem Verein Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Neuss e.V., einen Zuschuss in Höhe von 5.678,90 €.

Die Mittel des Kreises werden aus dem Produkt 050 331 010 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3.9. Gewährung eines Zuschusses zu den Personal- und Sachkosten der Ökumenischen TelefonSeelsorge Neuss im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1287/XV/2011

Protokoll:

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Rhein-Kreis Neuss gewährt dem Verband der Katholischen Kirchengemeinden im Kreisdekanat Rhein-Kreis Neuss, Rheydter Str. 176, zu den im Jahre 2011 nicht gedeckten Personal- und Sachkosten der Ökumenischen TelefonSeelsorge in Neuss einen Zuschuss in Höhe von max. 10.860 €.

Die Mittel werden aus dem Produkt 050 331 010 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3.10. Gewährung eines Zuschusses an die Träger der Schuldnerberatungsstellen

Vorlage: 50/1288/XV/2011

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz berichtete, dass man mit den Städten und Gemeinden derzeit in Gesprächen zu einer Vereinheitlichung der Standards in der Schuldnerberatung sei. Im Bereich Schuldnerberatung gäbe es bereits eine Leistungsvereinbarung für den Personenkreis SGB II. Ziel der Gespräche sei es, die Leistungsvereinbarung auf die gesamte Schuldnerberatung, somit auch für die nicht vom SGB II erfassten Personenkreise auszuweiten. Im nächsten Schritt müsse dann über die Form der Finanzierung nachgedacht werden. Die Stadt Neuss werde hierzu ein Konzept erstellen. Für 2011 und 2012 kämen etwaige Änderungen jedoch noch nicht zum Tragen.

Beschluss:

Der Rhein-Kreis Neuss gewährt

- a) dem Diakonischen Werk der ev. Kirchengemeinden in Neuss e.V., Neuss,
- b) dem Sozialdienst Kath. Männer e.V., Neuss,
- c) dem Internationalen Bund, Verbund NRW-Mitte, Neuss,
- d) dem Caritasverband Rhein-Kreis Neuss, Grevenbroich,

insg. einen Zuschuss zu den Personalkosten der Schuldnerberatung in Höhe von 269.208 €.

Mittel werden aus dem Produkt 050.312.010 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3.11. Gewährung eines Zuschusses an die Träger Suchtberatung und psychosoziale Betreuung

Vorlage: 50/1290/XV/2011

Protokoll:

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Rhein-Kreis Neuss gewährt für die psychosoziale Betreuung von Leistungsberechtigten des SGB II zusätzlich nach der Leistungsvereinbarung nach § 17 Abs. 2 SGB II dem Diakonischen Werk Neuss und dem Diakonischen Werk Grevenbroich zu den förderungsfähigen Personal- und Sachkosten einer 1/2 Fachkraft einen Zuschuss in Höhe von max. je 14.250 €.

Der Zuschuss in Höhe von insgesamt 28.500 € ist aus dem Produkt 050.312.010 zu erwirtschaften.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3.12. Zuschuss zur Integration von Zuwanderern

Vorlage: 50/1291/XV/2011

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose sieht hier die Möglichkeit über den Zuschuss zu reden, sofern die Migrationszahlen deutlich geringer würden. Kreistagsabgeordneter Kresse warnte davor, den Zuschuss von Zahlen abhängig zu machen. Die qualitative Arbeit stünde im Vordergrund.

Beschluss:

Der Rhein-Kreis Neuss gewährt für die Integration von Migranten im Rhein-Kreis Neuss für das Haushaltsjahr 2011 folgende Zuschüsse:

1. Caritasverband Rhein-Kreis Neuss	198.154,27 €
2. AWO Kreisverband Mönchengladbach, MG	20.372,62 €
3. Diakonisches Werk der ev. Kirchengemeinden in Neuss	13.242,87 €
4. DRK Kreisverband Neuss	10.551,48 €
5. Diakonie Meerbusch	7.678,76 €

Mittel stehen im Produkt 050 351 012 zur Verfügung.

Für das Haushaltsjahr 2012 soll der von den Verbänden eingerichtete Arbeitskreis „Integration“ unter Auswertung der Daten aus 2011 den Verteilerschlüssel erneut überprüfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3.13. Förderung ambulanter Dienste im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 50/1292/XV/2011

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz freute sich, dass es möglich war, Fördermittel der Pflegekasse für eine Wohnberatungsagentur zu erhalten. Diese werde schwerpunktmäßig Hilfestellung bei Fragen geben, wie Pflege und Betreuung in der häuslichen Umgebung sichergestellt werden kann. Man stehe mit dem Caritasverband kurz vor einer Kooperationsvereinbarung, so dass diese Wohnberatungsagentur voraussichtlich zum 01.10.2011 ihre Arbeit aufnehmen könne.

Erfreulich sei, dass zum einen das Beratungsfeld ausgeweitet würde, zum anderen, dass durch die Bewilligung der Pflegekasse eine Inanspruchnahme von Kreismitteln um 20.000 € reduziert würde.

Kreistagsabgeordnete Servos fragte nach dem Konzept der Wohnberatungsstelle, da ja bisher diese Beratung durch die Seniorenberatung erfolgte. Des Weiteren sieht sie diese Aufgabe als originäre Aufgabe der Wohnungsämter an.

Ausschussmitglied Dubbel fragte nach der Qualifikation der telefonischen Berater.

Kreissozialamtsleiter Henkel führte aus, dass die Wohnraumberatung, einschließlich einer aufsuchenden Beratungstätigkeit, bislang Bestandteil der Seniorenberatung war. Die Nachfrage nach dieser Beratung sei in den letzten Jahren stetig gestiegen. Daher habe man das Angebot und die Möglichkeit der Pflegekassen aufgegriffen um diese Beratung zu spezialisieren und optimieren. Es würden zwei Fachkräfte aus dem sozial-

pädagogischen Bereich eingesetzt. Das Hochbauamt des Rhein-Kreises Neuss werde in die Beratungstätigkeit integriert.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz sagte zu, die Konzeption der Niederschrift beizufügen.

Kreistagsabgeordneter Bartsch schlug vor, dass sich die Wohnberatungsagentur in einer der nächsten Sitzungen des Sozial- und Gesundheitsausschusses vorstellt.

Kreistagsabgeordneter Kresse begrüßt die Förderung durch die Pflegekasse. Das System berücksichtige aber seiner Meinung nach nicht die Trägervielfalt. Ihm sei nicht klar, wie bei der Ansiedlung bei einem Träger die Neutralität gewahrt werden könne. Dies könne nur ein Trägerverbund gewährleisten.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz verwies auf die Abstimmung der Wohlfahrtsverbände zur Frage, wer die Wohnraumberatung übernimmt.

Ausschussmitglied Pollack stellte folgenden Antrag:

Die anderen Wohlfahrtsverbände sollen bei der Wohnraumberatung mit ins Boot geholt werden.

Sie hält es für nicht fair, dass diese Aufgabe nur einer einzigen Institution übergeben werde.

Kreistagsabgeordnete Widdekind erklärte, dass sich die Wohlfahrtsverbände bei neuen Aufgaben jedes Mal neu darauf verständigen, wer diese Aufgabe übernimmt. Die Entscheidung richte sich dabei nach den Möglichkeiten, welche der jeweilige Verband habe. Durch den Antrag werde etwas unterstellt, dem man keinesfalls zustimmen könne.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose schloss die Diskussion, da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen. Er stellte fest, dass der Antrag von Ausschussmitglied Pollack einem Vertagungsantrag entspricht.

Beschluss:

1.

Die Beschlussfassung wird vertagt.

2.

Der Rhein-Kreis Neuss gewährt den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege – entsprechend dem Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände – für das Jahr 2011

- für die Familienpflege einen Zuschuss in Höhe von insgesamt 30.000,00 €,
- zur Durchführung der Beratung im Rahmen der Altenhilfe gemäß § 71 SGB XII einen Zuschuss von insgesamt 346.512,00 €.

Mittel stehen beim Produkt 050 331 010 zur Verfügung

Abstimmungsergebnis:

Zu 1.

Bei einer Zustimmung und einigen Enthaltungen wurde der Antrag mehrheitlich abge-

lehnt.

Zu 2:

Bei einer Gegenstimme wurde der Antrag angenommen.

3.14. Förderung Familienunterstützende Dienste

Vorlage: 50/1294/XV/2011

Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Wienands bat darum, für künftige Beratungen eine Gesamtübersicht der Förderungen zur Verfügung zu stellen.

Beschluss:

Der Rhein-Kreis Neuss gewährt dem Verein Lebenshilfe Neuss e.V., dem Verein für Behinderte e.V. Meerbusch und dem Verein Leben und Wohnen - Lebenshilfe Rhein-Kreis Neuss gGmbH, Grevenbroich, zu den ungedeckten Personalkosten für Maßnahmen der Familienunterstützenden Diensten für das Jahr 2011 zusammen einen Zuschuss in Höhe von insgesamt 34.302,00 €, je Verein max. 11.434 €.

Die Mittel sind in dieser Höhe beim Produkt 050 331 010 „Förderung der Wohlfahrts-pflege“, Produktsachkonto 5318012 „Zuschuss für Maßnahmen der Eingliederungshilfe“ veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

4. Bildungs- und Teilhabepaket

Vorlage: 50/1295/XV/2011

4.1. Sachstand Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz stellte die Statistik zum Stand 31.08.2011 vor. Es gäbe 16.066 Anspruchsberechtigte. 10.700 Anträge seien gestellt, wobei dies nicht die Zahl der erreichten Kinder wiedergäbe. Da ein Kind mehrere Anträge stellen kann, sei die Zahl der erreichten Kinder geringer.

Die „Teilhabeleistungen“, welche zum Beispiel den Mitgliedsbeitrag für einen Sportverein beinhalten, werden noch sehr wenig in Anspruch genommen. Hieran werde man mit Hilfe von Informationsveranstaltungen und Multiplikatoren arbeiten.

Im Vergleich mit anderen Städten und Kreisen sowie im Landesvergleich könne man jedoch mit der Inanspruchnahme zufrieden sein.

Eine Broschüre zur weiteren Information werde derzeit erstellt. Im Internetauftritt des Rhein-Kreises Neuss zum Bildungs- und Teilhabepaket stehen Informationen und Antragsformulare bereit.

4.2. Delegationssatzung für den Bereich Wohngeld / Kinderzuschlag

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz erklärte, dass das Benehmen zu der Delegationssatzung Bildung und Teilhabe mit den Städten und Gemeinden hergestellt worden sei. Dabei habe man sich darauf verständigt, die Widerspruchsstelle beim Rhein-Kreis Neuss anzusiedeln. Darüber hinaus werde die Verwaltungskostenpauschale an die Städte und Gemeinden ausbezahlt.

Bereits jetzt erfolgt die Bearbeitung für diese Kinder in den Städten und Gemeinden. Bereits im Vorgriff auf die Landesverordnung, welche Grundlage für die Delegationssatzung sei, habe man die Bürgermeister gebeten, die Bearbeitung zu übernehmen und seitens des Kreises die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt.

Kreistagsabgeordneter Thiel fragte, warum der Rhein-Kreis Neuss eine eigene Richtlinie veröffentlicht und nicht auf die Arbeitshilfe des MAIS verweise.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz erläuterte die enge Verzahnung zwischen der Kreisrichtlinie, welche die örtliche Umsetzung sicherstelle und der MAIS Arbeitshilfe, welche den Überbau darstellt. Herr Meisel (Grundsatzsachbearbeiter im Sozialamt Rhein-Kreis Neuss) wirkt in der Arbeitsgruppe des MAIS zudem an der Erstellung der Arbeitshilfe des MAIS mit. So seien auch Anregungen aus dem kommunalen Bereich in die Arbeitshilfe des MAIS eingeflossen.

Daher nehme man auch gerne Anregungen zur Verbesserung oder Vereinfachung entgegen.

Kreistagsabgeordnete Stein-Ulrich bat darum, ihr die überarbeitete Kreisrichtlinie zugänglich zu machen. Weiterhin fragte sie nach der Anzahl bewilligter Anträge auf Bildung und Teilhabe.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz sicherte zu, die Kreisrichtlinie an die Fraktionen zu übersenden. Eine Auswertung der bewilligten Anträge kann derzeit noch nicht erfolgen.

Er sicherte zu, die aktuelle Auswertung der Niederschrift beizufügen.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Berichte zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes und zur Schulsozialarbeit zur Kenntnis.

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Delegationssatzung nach § 6b Bundeskindergeldgesetz (BKGG) und der dazu ergangenen Rechtsverordnung zu erlassen und die Aufgabenwahrnehmung den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu übertragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

4.3. Schulsozialarbeit

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz wies darauf hin, dass im Rahmen des Bil-

dungs- und Teilhabepaketes auch Mittel für Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt werden.

Hier soll ein kreiseinheitliches Konzept in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden geplant und dann auch in den Städten und Gemeinden umgesetzt werden. Den Schuldezernenten soll zunächst ein erster Konzeptentwurf vorgelegt werden. Die abschließende Abstimmung soll nach Möglichkeit dann durch die Bürgermeister erfolgen. In Abweichung von der herkömmlichen Schulsozialarbeit soll hier der Schwerpunkt in einer aufsuchenden Beratungstätigkeit liegen, letztlich auch mit dem Ziel, die Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes zu erhöhen.

Kreistagsabgeordneter Thiel wies darauf hin, dass die Finanzierung der Schulsozialarbeit durch den Bund nur bis Ende 2013 befristet sei. Fraglich sei, wie die Finanzierung dieser zusätzlichen Schulsozialarbeiter über 2013 hinaus gesichert würde.

Kreistagsabgeordneter Schmitz regte an für die Schulsozialarbeiter auch feste Ansprechzeiten in den Schulen zu gewährleisten.

Kreistagsabgeordneter Kresse befürwortet den Ansatz, dass diese Form der Schulsozialarbeit nicht nur in der Schule sondern sozialraumorientiert stattfindet. So können insbesondere auch schulumüde Schüler erreicht und motiviert werden am Bildungssystem teilzunehmen.

Kreistagsabgeordnete Widdekind fragte nach den Möglichkeiten, sich untereinander auszutauschen. Sie wies darauf hin, dass das Konzept den unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Städten und Gemeinden gerecht werden müsse.

Sie würde eine weitere Berichterstattung in diesem Ausschuss begrüßen.

Kreistagsabgeordnete Servos sähe es als sinnvoll an, wenn die eingestellten Sozialarbeiter bei einer sozialraumbezogenen Arbeit auch über eigene Migrationserfahrung und entsprechende Sprachkenntnisse verfügen würden.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz bestätigte, dass viele der vorgetragenen Anregungen, zum Beispiel zum Erfahrungsaustausch und zur Sprachkompetenz, Hintergrund für das zentrale Konzept waren.

Den Städten und Gemeinden werden nach einem Verteilerschlüssel Schulsozialarbeiter zugewiesen. Diese sollen dann auch mit den örtlichen Strukturen vernetzt werden.

Ob und in welcher Organisationsform die Schulsozialarbeit im Rahmen des BuT auch über 2013 hinaus Bestand haben könnte, bleibe abzuwarten

5. Neue Delegationssatzung SGB XII Vorlage: 50/1308/XV/2011

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz verwies auf die Tischvorlage. Hier seien nur noch einige redaktionelle Änderungen erfolgt. Das Benehmen mit den Städten und Gemeinden sei auch hier hergestellt.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt die Satzung zur Durchführung der Sozialhilfe im Rhein-Kreis Neuss - Delegationssatzung SGB XII – in der vorgelegten Form.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

6. Änderung der Beteiligungssatzung SGB II

Vorlage: 50/1306/XV/2011

Protokoll:

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt die Änderung der Satzung des Rhein-Kreises Neuss über die Beteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden an den Aufwendungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Beteiligungssatzung SGB II) in der vorgelegten Form.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

7. Alkoholkonsum Jugendlicher - aktuelle Entwicklung

Vorlage: 53/1276/XV/2011

Protokoll:

Der Vortrag von Dezernent Mankowsky ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Kreistagsabgeordneter Schmitz fragte, ob es möglich sei, einen Mitarbeiter des Gesundheitsamtes in die Schulen zu entsenden, um dort entsprechende Aufklärungsarbeit zu leisten.

Gesundheitsdezernent Mankowsky verwies auf die schulärztlichen Gesundheitsstunden und auf das zu Beginn der Sitzung erwähnte Subsidiaritätsprinzip. So sei der Caritasverband mit seinem Präventmobil im Einsatz.

Kreistagsabgeordnete Widdekind bedankte sich für den ausführlichen Bericht. Sie hoffe auf ein Zusammenwirken der Schulsozialarbeit mit der Jugendschutzkonferenz. Sie verwies zudem auf Aktivitäten der Caritas, welche sich mit Kindern alkoholabhängiger Eltern beschäftige.

Ausschussmitglied Markert - Küttemeyer wies auf die Vorbildfunktion der Erwachsenen hin. Dies gelte insbesondere für das Vereins- und Brauchtumswesen. Hierfür solle sich die Politik in den verschiedenen Gremien einsetzen.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneter Wienands bestätigte Dezernent Mankowsky, dass an den Schulen flächendeckend Suchtbeauftragte tätig seien.

Kreistagsabgeordneter Thiel bedankte sich ebenfalls bei Dezernent Mankowsky und sagte für die weitere Arbeit die Unterstützung zu.

8. Die neue Trinkwasserverordnung

Vorlage: 53/1275/XV/2011

Protokoll:

Der Vortrag von Herrn Hauswirth, Leiter des gesundheitsmedizinischen Dienstes der Kreisverwaltung, ist als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Auf Fragen der Kreistagsabgeordneten Widdekind und des Ausschussmitgliedes

Markert-Kütemeyer führte Herr Hauswirth aus, dass das Trinkwasser, welches über die zentrale Wasseraufbereitung beim Endverbraucher ankomme, in der Regel einwandfrei sei. Probleme gäbe es bei den Privatbrunnen. So haben z.Bsp. 30 % der Anlagen Probleme mit Nitraten. Viele der kleinen Anlagen müssten bereits Aufbereitungsanlagen installieren. Ca 30 % der Anlagen seien zudem mit Legionellen behaftet. Der Befall sei unabhängig von der Größe der Anlage. Alte, weitverzweigte Anlagen seien ein besonderes Problem, da hier Gegenmaßnahmen oft nicht greifen würden. Empfehlungen seien dem DVGW – Arbeitsblatt W 551 zu entnehmen. Dies seien beispielsweise: Einhaltung der Temperatur, keine Stagnation, keine Todeleitungen. Leider erfüllen die meisten Systeme diese Anforderungen nicht. Sei ein System befallen, helfe zunächst ein Aufheizen, um die Legionellen abzutöten. Meist kämen diese aber nach einiger Zeit wieder.

Kreistagsabgeordneter Bartsch fragte, ob die Umsetzung der Trinkwasserverordnung im Laufe eines Jahres personell und organisatorisch zu schaffen sei. Dezerent Mankowsky führt hierzu aus, dass dies derzeit geprüft werde.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Dr. Merten bestätigte Herr Hauswirth, dass Niedrigenergiehäuser, welche mit Solarenergie beheizt werden, i.d.R. lediglich eine Wassertemperatur von 55 Grad erreichten. Zur Legionellenbekämpfung sei eine Temperatur von 70 Grad erforderlich.

Kreistagsabgeordnete Servos fragte, ob auch die Mieter die jeweiligen Untersuchungsergebnisse erhalten. Weiterhin bat sie um Auskunft, inwieweit die Untersuchungskosten bei den Kosten der Unterkunft berücksichtigt werden.

Herr Hauswirth wies darauf hin, dass die Hauseigentümer als Anlagenbetreiber die Ansprechpartner für das Gesundheitsamt seien.

Herr Meisel führte aus, dass die Untersuchungskosten Bestandteil der Bruttokaltmiete seien und entsprechend berücksichtigt würden. Sollten sich hierdurch kreisweit die Mieten bzw. Nebenkosten erhöhen, so würde dies in die nächste Erhebung der Mietwerte einfließen.

9. Benennung von Mitgliedern für die Kommission "Silberner Plan" **Vorlage: 50/1327/XV/2011**

Protokoll:

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Für die zur Unterstützung des Sozial- und Gesundheitsausschusses eingerichtete Kommission „Silberner Plan“ wird Herr Thomas Jung als Vertreter für Frau Maria Widdekind benannt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10. Mitteilungen

10.1. Behindertenfahrdienst des Rhein-Kreises Neuss

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz berichtete, dass der Auftrag für den Behindertenfahrdienst für den Zeitraum 2012 bis 2017 vergeben worden sei.

Nach einer europaweiten Ausschreibung habe die Fa. Medicare den Zuschlag erhalten.

10.2. Richtlinie Kosten der Unterkunft

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz informierte, dass die Richtlinie „Kosten der Unterkunft“ zum 01.08.2011 in Kraft gesetzt wurde.

Kreistagsabgeordneter Kresse fragte, ob bzw. inwieweit die Städte- und Gemeinderäte in die geplante Umsetzung des Sozialtickets einbezogen werden müssten.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz erläuterte, dass der Rhein-Kreis Neuss und die Stadt Neuss Aufgabenträger seien. Fragen der Umsetzung seien sowohl mit den Sozialdezernenten erörtert worden und werden auch mit den Bürgermeistern besprochen. Er gehe davon aus, dass das Sozialticket einvernehmlich zum 01.11.2011 umgesetzt werden könne.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Dr. Hans-Ulrich Klose um 20:00 Uhr die Sitzung.

Dr. Hans-Ulrich Klose
Vorsitz

Birgit Rothe
Schriftführung